



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 7. Ratssitzung vom 24. Juni 2026

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2026/135, 2026/124 und 2026/186

298. 2026/135

Weisung vom 01.04.2026:

Sozialdepartement, Asyl-Organisation Zürich, Genehmigung des Geschäftsberichts 2025

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht für das Jahr 2025 der Asyl-Organisation Zürich (Beilage) wird genehmigt.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2026/135, 2026/124 und 2026/186

Referat zur Vorstellung der Weisung GR Nr. 2026/135 und Kommissionsmehrheit:

Guy Krayenbühl (GLP): Die Asyl-Organisation Zürich (AOZ) steht im Auftrag der Stadt Zürich, der Gemeinden, des Kantons, des Bundes und anderer öffentlicher Institutionen geflüchteten und zugewanderten Menschen bei und fördert ihre Integration. Sie sah sich auch im Jahr 2025 unverändert grossen Herausforderungen gegenüber. Angesichts der angespannten Wohnraumsituation in der Stadt Zürich bleibt die Unterbringungsproblematik akut. Die schwankenden Zuweisungszahlen erfordern grosse Flexibilität und Anpassungsfähigkeit von den Mitarbeitenden; sie müssen sich immer wieder sehr schnell den veränderten Umständen anpassen. Das Berichtsjahr ist durch die organisatorische Konsolidierung und die definitive Ausarbeitung neuer gesetzlicher Grundlagen gekennzeichnet, die im nächsten Herbst zur Abstimmung gelangen. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) begrüsst den Elan, mit dem sich die AOZ auf allen Ebenen weiterentwickelt und ihr Angebot laufend dem Bedarf anpasst und verbessert. Hervorzuheben sind der weitere Ausbau des Mentoring-Programms «Future Kids», das Projekt «Wohnen Plus» für vulnerable Gruppen sowie die Ermöglichung von zivilgesellschaftlichen Tätigkeiten für Geflüchtete. Die GPK dankt allen Mitarbeitern der AOZ und den vielen Freiwilligen, die sich für die Integration von geflüchteten und zugewanderten Menschen einsetzen. Die Mehrheit der GPK beantragt die Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.



Kommissionsminderheit der Weisung GR Nr. 2026/135:

Roger Bartholdi (SVP): Ich spreche für die Minderheit zu diesem rund 100-seitigen Geschäftsbericht der AOZ. Die AOZ ist eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt. Wir stellen stets die Frage, ob es Aufgabe einer Gemeinde ist, eine solche Anstalt zu führen, die als Dienstleister auf dem Markt für Dritte – Kantone, Bund, andere Gemeinden – auftritt. Interessant ist das Konstrukt der AOZ: Der Verwaltungsrat wird vom Stadtrat gewählt, steht aber gleichzeitig unter dessen Aufsicht; zudem ist der Stadtrat durch ein Mitglied im Verwaltungsrat vertreten. Auch das Reglement wird so vorgegeben. In der Industrie und Wirtschaft wäre dies keine gute Corporate Governance. Diesbezüglich sind wir nicht allein: Mit Geschäft GR Nr. 2020/2073 wollen SP, AL und Grüne, dass die Aufsicht dem Stadtrat entzogen und dem Gemeinderat übergeben wird, was jedoch noch nicht in Kraft ist. Wenn man als Dienstleister national tätig ist und Asylzentren für Dritte betreibt, trägt die Stadt Zürich das Risiko. Zudem kritisieren wir immer wieder, dass einige Dienstleistungen über dem gesetzlichen Rahmen erfolgen. Zuletzt ist auch der Gemeinderat nicht ganz unschuldig daran, dass die AOZ überpolitisiert wird; dies zeigt sich daran, dass im Berichtsjahr 2025 sieben Vorstösse zur AOZ abgeschrieben wurden. Wir sind der Meinung, man sollte den Geschäftsbericht ablehnen.

Kommissionsmehrheit Dispositivziffer 1 der Weisung GR Nr. 2026/124 sowie Referat zur Vorstellung der Weisung GR Nr. 2026/186 und Kommissionsmehrheit:

Tanja Maag (AL): Ich fasse mich zur Jahresrechnung 2025 der AOZ kurz, gehe aber detaillierter auf die Weisungen ein, die den Abschluss der AOZ-Globalbudgetrechnung beinhalten. Die AOZ hat mit 6,5 Millionen Franken über Budget abgeschlossen. Gemäss eigenen Aussagen läge der Ertragsüberschuss noch höher, wenn nicht nötige Rückstellungen im Personalbereich gebildet worden wären. Auf der Aufwandseite lag der Gesamtaufwand 50 Millionen Franken unter dem Budget. Die grössten Abweichungen sind auf verzögerte Rekrutierungen und tiefere Belegungen in der Struktur für kurzfristige Unterbringung (SKU) zurückzuführen. Auf der Ertragsseite lag der Gesamtertrag 43,9 Millionen Franken unter dem Budget für das Jahr 2025. Die grössten Abweichungen zeigen sich im Bereich der Begleitung von Jugendlichen und geflüchteten Menschen. Insgesamt verzeichnet die Ertragsseite Schwankungen, da die Zahlen der im Kanton Zürich zu versorgenden Menschen schwer voraussehbar sind. Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) empfiehlt, das Budget der AOZ zu genehmigen. In Ergänzung zur Sammelvorlage vom 25. März 2026 haben wir vom Stadtrat zu einem späteren Zeitpunkt die ausstehende Globalbudget-Jahresrechnung 2025 zur Genehmigung erhalten. Die Ursache der Verspätung lag leider erneut bei der AOZ, was im Bericht der RPK erwähnt wurde. Hoffentlich wird dies nächstes Jahr korrigiert, damit wir alle Abrechnungen pünktlich und zusammengefasst prüfen können. Das AOZ-Globalbudget setzt sich aus zwei Produktgruppen zusammen: städtische Aufträge und andere Aufträge. In der Produktgruppe 2 liegt ein Ertragsüberschuss von rund 5,6 Millionen Franken vor; dies ist rund eine Million Franken über der budgetierten Prognose, jedoch 4 Millionen Franken tiefer als im Jahr 2024. Die für die Stadt relevante Produktgruppe 1 zeigt im Rechnungsjahr 2025 einen Ertragsüberschuss von rund 2,3 Millionen Franken. Im Vergleich



dazu lag im Jahr 2024 noch ein Aufwandüberschuss von 1,4 Millionen Franken vor; im Budget hatte die AOZ jedoch mit einem viel höheren Aufwand gerechnet. Die Produktgruppe 1 schlüsselt sich in städtische Pflichtleistungen (Prozesskosten, Sozialberatung, Unterbringung, Asylvorsorge, wirtschaftliche Hilfe) und besondere städtische Integrationsleistungen auf. Der Ertragsüberschuss in der Produktgruppe 1 beruht zu 75 Prozent auf einem positiven Saldo bei den städtischen Pflichtleistungen. Die städtischen Aufträge sind gemäss AOZ erstmals seit dem Jahr 2022 positiv. Dies ist darauf zurückzuführen, dass mit dem Nachtragskredit I. Serie zum Budget 2025 erhöhte städtische Beiträge für den Anteil der städtischen Pflichtleistungen beantragt wurden. Der Gemeinderat sprach den Nachtragskredit von 4,9 Millionen Franken und berücksichtigte somit höhere Prozesskosten. Diese entstanden durch einen erhöhten Betreuungsaufwand beim Status S, die Zunahme von komplexen Fällen und damit verbundenem Betreuungsaufwand bei diversen Zielgruppen, die Konsolidierung von Mehraufwand im Zusammenhang mit dem anhaltenden Konflikt in der Ukraine sowie Personalwechseln. Die finanziellen Mittel, die der AOZ zur Verfügung stehen, sollen bei den Menschen ankommen, die in Betreuung und Begleitung stehen. Als Betrieb muss die AOZ auch für ihre eigenen Mitarbeitenden geeignete Rahmenbedingungen schaffen, damit diese anspruchsvolle Tätigkeit in guter Qualität weitergeführt werden kann. Die Globalbudgetrechnung spiegelt nur einen Teil der Ausgaben wider; der Gesamtbetrieb der AOZ zeigt sich in den Zahlen der Rechnung, über die wir in der Dispositivziffer 1 abstimmen. Die Mehrheit der Kommission empfiehlt, die Jahresrechnung 2025 der AOZ anzunehmen.

Kommissionsminderheit Dispositivziffer 1 der Weisung GR Nr. 2026/124 und Kommissionsminderheit der Weisung GR Nr. 2026/186:

Johann Widmer (SVP): Ich fasse die beiden Vorlagen zusammen. Die SVP lehnt die Jahresrechnung 2025 der AOZ selbstverständlich ab. Die Ausgaben der AOZ sind in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. Die Steuerung der finanziellen Mittel entspricht oftmals nicht dem Massstab an Effizienz und Sparsamkeit, den wir von einer öffentlich-rechtlichen Institution erwarten. Hier muss der finanzpolitische Hebel angesetzt werden. Zudem werden Asylanten überbetreut wie in kaum einem anderen Land, was eine Sogwirkung und dadurch höhere Ausgaben nach sich zieht. Statt alles Wünschbare zu tun, sollte man das Asylwesen auf das Notwendige beschränken, die Ausgaben auf das absolute Minimum reduzieren und dem Bund deutlich machen, dass es genug ist; nicht noch mehr Kontingente annehmen oder gar zu fordern, dass noch mehr Asylanten nach Zürich gebracht werden. Dass man noch eine Nachlieferung der Zahlen erhält, finde ich ebenfalls stossend. Wer einer Organisation vorsteht, die 600 Millionen Franken an Steuergeldern auf die eine oder andere Art verbraucht, sollte die Rechnungslegung sorgfältiger und pünktlicher erledigen. Dass man von Ertragsüberschüssen spricht, ist ebenfalls stossend; es handelt sich um Steuergelder, egal ob sie von anderen Gemeinden oder aus der Stadtkasse stammen. Wir lehnen beide Vorlagen sicher ab.



Weitere Wortmeldungen:

Cordelia Forde (SP): Unsere Fraktion war in der Kommission aus organisatorischen Gründen noch in der technischen Enthaltung. Wir nehmen den Geschäftsbericht 2025 der AOZ nach eingehender Prüfung und Beantwortung unserer Fragen zur Kenntnis und stimmen dem Antrag des Stadtrats zu. Wir danken den Mitarbeitenden der AOZ sowie Regula Rufflin und Marco Cami für ihren Besuch in der Kommission und die sorgfältige Beantwortung unserer Fragen. Wir begrüssen den vermehrten Fokus auf den Ausbau geeigneter Unterkünfte und der psychosozialen Betreuung für besonders vulnerable Personen wie unbegleitete minderjährige Asylsuchende, Schwangere, Alleinerziehende, Eltern oder kranke Asylsuchende. Ebenso begrüssen wir den Ausbau der internen Beschwerdestelle und die Massnahmen wie den Einsatz einer Krisenintervention zur Verminderung der personellen Fluktuationen. Der Anstieg der Beschwerden zur Unterbringungssituation bei der internen Beschwerdestelle zeigt, dass die Wohnraumsituation für Geflüchtete nach wie vor sehr prekär ist. Wir hoffen, dass mit der Revision der AOZ-Verordnung in diesem herausfordernden Umfeld mit kürzeren Wartedauern bessere, geeignete Unterkünfte und Betreuung für alle geflüchteten Menschen in Zürich gewährleistet werden. Gesundheit, würdige Unterbringung und qualitative Betreuung sind der Grundstein für eine gelungene Integration und gleichberechtigte Teilhabe für alle Geflüchteten.

Tanja Maag (AL): Ich möchte das Votum von Johann Widmer (SVP) nicht stehen lassen. Es suggeriert, dass die AOZ in eigener Macht geflüchtete Menschen nach Zürich holt oder Aufträge erfüllt, die gar nicht nötig sind und ihr nicht als Aufgabe mitgegeben wurden. Wer die Rechnung und den Geschäftsbericht aufmerksam studiert, sieht, dass es Schwankungen gibt und dass die AOZ auf das reagiert, was der Kanton zuweist. Die AOZ erhält vom Kanton und von uns Aufträge, wie sie die Aufgaben erfüllen soll. Dies wird, wie man in den Unterlagen sieht, über weite Teile sehr sorgfältig gemacht.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sozialdepartements Stellung.

STR Céline Widmer: Der Geschäftsbericht der AOZ zeigt einmal mehr eindrücklich, dass sich die Organisation in einem anspruchsvollen, sich ständig wandelnden Umfeld befindet. Die Unterbringung und Betreuung von geflüchteten Menschen ist eine grosse Herausforderung – organisatorisch, fachlich und menschlich. Umso wertvoller ist es für die Stadt, dass die AOZ ihre Leistungen zuverlässig, professionell und mit hoher Qualität erbringt, so wie sie es im Jahr 2025 getan hat. Dafür möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der AOZ im Namen des Stadtrats herzlich danken. Sie leisten wichtige Arbeit für Menschen in schwierigen Lebenssituationen, aber auch für das Zusammenleben und den Zusammenhalt in unserer Stadt. Die Stadt begrüsst das konsequente Engagement des Verwaltungsrats und der Direktion, die Organisation laufend weiterzuentwickeln und an neue Anforderungen anzupassen. Das ist keine einfache Aufgabe, aber für die langfristige Leistungsfähigkeit der AOZ zentral. Ein besonderer Dank gilt den heute auf der Tribüne Anwesenden, der Verwaltungsratspräsidentin Regula Rufflin und



dem Direktor Marco Cami. Sie haben die positive Entwicklung der AOZ massgeblich mitgeprägt, die Organisation in einem nicht einfachen Umfeld stabilisiert und als zuverlässige, kompetente Anbieterin auf allen föderalen Ebenen positioniert. Sie führen heute zum letzten Mal in Ihren Funktionen die Debatte zum Geschäftsbericht der AOZ. Ich möchte Ihnen herzlich für Ihren grossen Einsatz für die AOZ und damit auch für die Stadt Zürich danken. Die Herausforderungen im Asyl- und Flüchtlingsbereich werden uns auch in den kommenden Jahren begleiten. Umso wichtiger ist es, dass die Stadt Zürich dabei auf eine gut aufgestellte Fachorganisation zählen kann.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Referat: Guy Krayenbühl (GLP), Präsidium; Martin Busekros (Grüne), Sarah Dähler (Grüne), Andreas Egli (FDP), Christoph Riedweg (GLP), Jehuda Spielman (FDP)
Minderheit:	Referat: Roger Bartholdi (SVP); Derek Richter (SVP), Vizepräsidium
Enthaltung:	Cordelia Forde (SP), Rahel Habegger (SP), Sofia Karakostas (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht für das Jahr 2025 der Asyl-Organisation Zürich (Beilage) wird genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 1. Juli 2026 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

299. 2026/124

Weisung vom 25.03.2026:

Finanzdepartement, Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten, Jahresrechnungen 2025, Sammelvorlage

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:



1. Die Jahresrechnung und Gewinnverwendung der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) für das Jahr 2025 wird genehmigt.
2. Die Jahresrechnung der Kongresshaus-Stiftung Zürich (KHS) für das Jahr 2025 wird zur Kenntnis genommen.
3. Die Jahresrechnung der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien (SWkF) für das Jahr 2025 wird zur Kenntnis genommen.
4. Die Jahresrechnung der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW) für das Jahr 2025 wird zur Kenntnis genommen.
5. Die Jahresrechnung der Stiftung PWG zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (PWG) für das Jahr 2025 wird genehmigt.
6. Die Jahresrechnung der Stiftung Einfach Wohnen (SEW) für das Jahr 2025 wird zur Kenntnis genommen.

Referat zur Vorstellung der Weisung:

Martin Bürki (FDP): Die selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten wurden im Rahmen der Rechnung diskutiert und Fragen dazu gestellt. Diese sind in den erwähnten 314 Fragen enthalten. Es geht um die vorhin diskutierte Asyl-Organisation Zürich (AOZ), die Kongresshaus-Stiftung Zürich (KHS), die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien (SWkF), die Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW), die Stiftung PWG zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (PWG) und die Stiftung Einfach Wohnen (SEW). Über die Anträge wird einzeln abgestimmt. Wer anderer Meinung ist, wird sich beim jeweiligen Traktandum zu Wort melden.

SVP-Referate zu allen Dispositivziffern:

Johann Widmer (SVP): Bei dieser Sammelvorlage verhält es sich wie alle Jahre. Die Jahresrechnung der KHS lehnen wir ab. Die Stiftung schreibt weiterhin rote Zahlen und belastet damit indirekt den städtischen Haushalt. Aus unserer Sicht fehlen notwendige weitreichende Massnahmen, um den Betrieb langfristig eigenwirtschaftlicher und weniger von städtischen Subventionen abhängig zu machen. Auch die Jahresrechnung der SWkF wird von unserer Fraktion abgelehnt. Zwar verstehen wir das Anliegen, kinderreiche Familien zu fördern, doch zeigt die Ausgestaltung der Stiftungsaktivitäten und der Verwaltungskosten Optimierungspotenzial. Die SVP fordert seit Langem, die verschiedenen Aktivitäten im Sozialbereich strukturiert zusammenzufassen, um die Finanzierung transparenter zu gestalten. Die Stiftung ist aus unserer Sicht obsolet; ihre Aufgaben sollten in neue Strukturen eingebettet und alle Stiftungen dieser Sammelvorlage zusammengeführt werden. Der Rechnung der SAW stimmen wir zu. Sie leistet einen wichtigen und soliden Beitrag für bezahlbaren Wohnraum für die ältere Bevölkerung. Auch der Dispositivziffer 5 zur Stiftung PWG stimmen wir zu. Diese Jahresrechnung erfüllt den gesetzlichen Auftrag zur Erhaltung von preisgünstigem Gewerbe- und Wohnraum. Die



SEW ist erneut ein Sorgenkind. Wir lehnen ihre Jahresrechnung ab. Die Konzepte dieser Stiftung gehen in der Umsetzung oft zulasten einer restriktiven Kostenkontrolle. In Zeiten angespannter städtischer Finanzen fordern wir eine konsequentere Ausrichtung auf Wirtschaftlichkeit. Daher können wir dem Abschluss nicht zustimmen.

Wortmeldungen zur Dispositivziffer 1 siehe GR Nr. 2026/135, Beschluss-Nr. 298/2026

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Referat: Tanja Maag (AL); Martin Bürki (FDP), Präsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Beat Oberholzer (GLP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Referat: Johann Widmer (SVP)
Abwesend:	Lara Can (SP), Vizepräsidium

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sozialdepartements Stellung.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung Dispositivziffer 2:

Lara Can (SP): *Ich lege dies etwas ausführlicher als meine Kommissionskolleg*in dar, da die geleistete Beratungsarbeit es durchaus würdigt. Wir haben die Jahresrechnung der KHS ausführlich geprüft, die mit einem markanten Ertragsüberschuss von 2,8 Millionen Franken abschliesst. Budgetiert war lediglich ein deutlich geringerer Überschuss von rund 400 000 Franken. Die Bilanzsumme beläuft sich auf 216 Millionen Franken. Gemäss der Stiftung ist diese Abweichung primär auf substanziell höhere Finanzerträge zurückzuführen. Positiv trug zudem eine Gutschrift an Verzugszinsen der eidgenössischen Steuerverwaltung bei. Zu einer negativen Abweichung führten hingegen höhere Informatikkosten sowie umfangreiche Unterhaltsarbeiten im Berichtsjahr; die entsprechenden Planungs- und Projektierungskosten fielen leicht höher als budgetiert aus. Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) beantragt die Zustimmung zur Dispositivziffer 2, also die Kenntnisnahme der Jahresrechnung. Dementsprechend lehnen wir den von Johann Widmer (SVP) begründeten Minderheitsantrag ab.*

Kommmissionsminderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung Dispositivziffer 2:

Johann Widmer (SVP): *Ich möchte anfügen, dass wir die Rechnungen selbstverständlich sehr genau prüfen. Wir sind nicht auf technische Details der Erstellung fixiert. Un-*



sere ablehnende Haltung ist grundsätzlich politischer Natur gegenüber diesen Organisationen. Die Arbeit derjenigen, die die Rechnungen erstellen, ist solide und seriös.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 2:

2. Die Jahresrechnung der Kongresshaus-Stiftung Zürich (KHS) für das Jahr 2025 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Martin Bürki (FDP), Präsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Tanja Maag (AL), Beat Oberholzer (GLP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Referat: Johann Widmer (SVP)
Abwesend:	Referat Mehrheit: Lara Can (SP), Vizepräsidium

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit:	Martin Bürki (FDP), Präsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Tanja Maag (AL), Beat Oberholzer (GLP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Referat: Johann Widmer (SVP)
Abwesend:	Referat Mehrheit: Lara Can (SP), Vizepräsidium

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung Dispositivziffer 3:

Lara Can (SP): *Die RPK hat auch die Rechnung der Stiftung Familienwohnungen respektive der SWkF beraten. Diese Stiftung vermietet seit rund 100 Jahren 600 Wohnungen an Familien mit mindestens drei Kindern. Sie hat ihre Rechnung im vergangenen Jahr mit einem Plus von rund 214 000 Franken abgeschlossen. Die Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen betrugen rund 19 Millionen Franken. Der Wohnungsbestand ist im Jahr 2025 um rund 60 Wohnungen gewachsen und zwar durch den Kauf von zwei Liegenschaften und den Erstbezug der Siedlung Letzi. Die dadurch höher ausgefallenen*



Mieterträge trugen zum positiven Rechnungsabschluss bei. Ebenfalls beigetragen hat die erste von drei Tranchen des erhöhten Stiftungskapitals von insgesamt 50 Millionen Franken. Durch diese Erhöhung, die auf eine Initiative der SP zurückgeht, fielen die Fremdkapitalkosten tiefer als budgetiert aus. Die Bilanzsumme beläuft sich neu auf 180 Millionen Franken. Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3 und lehnt den Antrag der SVP auf ablehnende Kenntnisnahme ab.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung Dispositivziffer 3 siehe Eingangsvotum von Johann Widmer (SVP)

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 3:

3. Die Jahresrechnung der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien (SWkF) für das Jahr 2025 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Martin Bürki (FDP), Präsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Tanja Maag (AL), Beat Oberholzer (GLP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Referat: Johann Widmer (SVP)
Abwesend:	Referat Mehrheit: Lara Can (SP), Vizepräsidium

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit:	Martin Bürki (FDP), Präsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Tanja Maag (AL), Beat Oberholzer (GLP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Referat: Johann Widmer (SVP)
Abwesend:	Referat Mehrheit: Lara Can (SP), Vizepräsidium

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



Kommissionsreferat Schlussabstimmung Dispositivziffer 4

Leah Heuri (SP): Die Rechnung 2025 der SAW schliesst mit einem Aufwandüberschuss von rund 1,9 Millionen Franken ab. Das Gesamtergebnis liegt 300 000 Franken tiefer als budgetiert und 100 000 Franken besser als in der Rechnung 2024. Im Vergleich zum Budget zeigt die SAW einzelne Abweichungen auf der Ertrag- und Aufwandseite. Der betriebliche Ertrag liegt dank der erhöhten Weiterverrechnung von Dienstleistungen über dem Budget. Gegenüber dem Budget entstand ein betrieblicher Aufwandüberschuss von 0,3 Millionen Franken, wozu besonders hohe Sach- und Betriebsaufwände führten. Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf rund 60 Millionen Franken, was 4 Millionen Franken mehr als budgetiert ist. Es gab Abweichungen bei einzelnen grossen Vorhaben, die jedoch detailliert begründet und in die aktuelle langfristige Erneuerungsplanung eingebettet wurden. Sonstige Detailfragen zur Erfolgsrechnung wurden genau und zufriedenstellend beantwortet. Die RPK beantragt daher einstimmig die Zustimmung zur Dispositivziffer 4 und damit zur Jahresrechnung der SAW.

Weitere Wortmeldung:

Tanja Maag (AL): Die AL wechselt von der technischen Enthaltung zur Zustimmung.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Zustimmung:	Referat: Leah Heuri (SP); Martin Bürki (FDP), Präsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Sibylle Kauer (Grüne), Beat Oberholzer (GLP), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP)
Enthaltung:	Tanja Maag (AL)
Abwesend:	Lara Can (SP), Vizepräsidium

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 99 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommisionsmehrheit Schlussabstimmung Dispositivziffer 5:

Lara Can (SP): Auch diese Rechnung haben wir mit der RPK ausführlich geprüft und beraten. Die Rechnung 2025 der Stiftung PWG schliesst mit einem Plus von 9,2 Millionen Franken ab. Zu diesem positiven Ergebnis trug auch die Erhöhung der Mieterträge um 6,7 Millionen Franken bei, die durch neu erworbene Liegenschaften und fertiggestellte Bauprojekte realisiert werden konnten. Im Berichtsjahr wurden 10 neue Liegenschaften erworben und acht Bauprojekte abgeschlossen. Gleichzeitig kam es ausgabenseitig zu einem Wachstum der Betriebskosten; dies ist mit 200 000 Franken jedoch nur leicht höher als im Vorjahr und hält sich im Rahmen. Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf rund 129 Millionen Franken und liegen damit deutlich über den budgetierten 88 Millionen Franken. Die Bilanzsumme im Jahr 2025 betrug 1,4 Milliarden Franken. Die Mehrheit der RPK beantragt die Zustimmung zur Dispositivziffer 5.



Kommissionsminderheit Schlussabstimmung Dispositivziffer 5:

Përparim Avdili (FDP): *Wie wir gerade hörten, verwaltet die Stiftung PWG unglaubliche Vermögenswerte im Milliardenbereich. Je nach Bewertung des Verkehrswerts kann dies noch deutlich höher ausfallen. Dies entspricht der Grössenordnung diverser Immobilienfonds in diesem Land. Wir sind daher der Meinung, dass die Stiftung genügend eigenkapitalisiert ist und keine Abschreibungsbeiträge seitens der Stadt mehr benötigt.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 5.

Mehrheit:	Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Tanja Maag (AL), Beat Oberholzer (GLP), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP)
Minderheit:	Referat: Përparim Avdili (FDP); Martin Bürki (FDP), Präsidium
Abwesend:	Referat Mehrheit: Lara Can (SP), Vizepräsidium

Ausstand: Reto Brüesch (SVP), Markus Merki (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung Dispositivziffer 6:

Lara Can (SP): *Auch diese Rechnung haben wir im Rahmen der Beratung geprüft. Die SEW erhielt im Jahr 2025 die erste Tranche des erhöhten Stiftungskapitals ausbezahlt. Dies trug nicht nur positiv zum Rechnungsergebnis bei, sondern ermöglichte der Stiftung, Investitionen aus eigener Kraft zu tätigen. Sie beteiligte sich an über 30 Bieterverfahren und erhielt bei zwei Liegenschaften den Kaufzuschlag. Zudem konnte sie gemeinsam mit der Stiftung Alterswohnungen das Swiss-Areal mit 62 Wohnungen erwerben. Per Ende 2025 verzeichnete die SEW einen Bestand von 277 Wohnungen. Der Gesamtaufwand der Stiftung betrug rund 4,8 Millionen Franken, der Gesamtertrag lag bei 6,5 Millionen Franken. Daraus resultierte ein Gewinn von 1,7 Millionen Franken. Die Nettoinvestitionen im letzten Jahr betrugen rund 30,3 Millionen Franken bei budgetierten 18 Millionen Franken. Die Mehrheit der RPK beantragt die Zustimmung zur Dispositivziffer 6 und lehnt den Minderheitsantrag auf ablehnende Kenntnisnahme ab.*

Kommissionsminderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung Dispositivziffer 6
siehe Eingangsvotum von Johann Widmer (SVP)



12 / 14

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 6

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 6:

6. Die Jahresrechnung der Stiftung Einfach Wohnen (SEW) für das Jahr 2025 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Martin Bürki (FDP), Präsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Tanja Maag (AL), Beat Oberholzer (GLP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Referat: Johann Widmer (SVP)
Abwesend:	Referat Mehrheit: Lara Can (SP), Vizepräsidium

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 6.

Mehrheit:	Martin Bürki (FDP), Präsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Tanja Maag (AL), Beat Oberholzer (GLP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Referat: Johann Widmer (SVP)
Abwesend:	Referat Mehrheit: Lara Can (SP), Vizepräsidium

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Die Jahresrechnung und Gewinnverwendung der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) für das Jahr 2025 wird genehmigt.
2. Die Jahresrechnung der Kongresshaus-Stiftung Zürich (KHS) für das Jahr 2025 wird zur Kenntnis genommen.
3. Die Jahresrechnung der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien (SWkF) für das Jahr 2025 wird zur Kenntnis genommen.



13 / 14

4. Die Jahresrechnung der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW) für das Jahr 2025 wird zur Kenntnis genommen.
5. Die Jahresrechnung der Stiftung PWG zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (PWG) für das Jahr 2025 wird genehmigt.
6. Die Jahresrechnung der Stiftung Einfach Wohnen (SEW) für das Jahr 2025 wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 1. Juli 2026 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

300. 2026/186

Weisung vom 15.04.2026:

Finanzdepartement, Selbständige öffentlich-rechtliche Anstalten, Jahresrechnung 2025, Nachlieferung AOZ Globalbudgetrechnung

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Die Globalbudget-Jahresrechnung der AOZ für das Jahr 2025 wird genehmigt.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2026/135, Beschluss-Nr. 298/2026

Referat zur Vorstellung der Weisung: Tanja Maag (AL)

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sozialdepartements Stellung.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Referat: Tanja Maag (AL); Martin Bürki (FDP), Präsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Beat Oberholzer (GLP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Referat: Johann Widmer (SVP)
Abwesend:	Lara Can (SP), Vizepräsidium

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



14 / 14

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Die Globalbudget-Jahresrechnung der AOZ für das Jahr 2025 wird genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 1. Juli 2026 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat